T 5b

© LMZ Baden-Württemberg

Clara Zetkin *(1857 – 1933)*

Stuttgarter Zeit III

Zusatzmaterial: **Hugo Haase[1]:** Stellungnahme der SPD-Reichstagsfraktion (4. August 1914)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Haase (Königsberg).

Haase (Königsberg), Abgeordneter: Meine Herren, im Anschluß an die Ausführungen des Herrn Reichskanzlers über Belgien stelle ich namens meiner Fraktion fest, daß die nachträglich bekannt gewordenen Tatsachen nach unserer Überzeugung nicht ausreichen, um von dem Standpunkt abzugehen, den der Herr Reichskanzler am 4. August gegenüber Luxemburg und Belgien eingenommen hat.

Im übrigen habe ich im Auftrag der Fraktion folgende Erklärung abzugeben.

Die sozialdemokratische Fraktion steht auf dem Standpunkt ihrer Erklärung vom 4. August. Den Krieg, dessen tiefere Ursache die ökonomischen Interessengegensätze bilden, haben wir bis zum letzten Augenblick bekämpft. Noch sind aber die Grenzen unseres Landes von feindlichen Truppen bedroht. Daher muß das deutsche Volk auch heute noch seine ganze Kraft für den Schutz des Landes einsetzen. Die Sozialdemokratie bewilligt deshalb die geforderten neuen Kredite.

In dankbarer Teilnahme gedenken wir aller tapferen Söhne des Volkes, die Leben und Gesundheit für uns hingegeben haben, und aller, die unter unsäglichen Entbehrungen und Mühen im Dienste des Vaterlandes stehen.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Schon am 4. August haben wir, in Übereinstimmung mit der Internationale, den Grundsatz verkündet, daß jedes Volk das Recht auf nationale Selbständigkeit habe; und es ist unsere unverbrüchliche Überzeugung, daß eine gedeihliche Fortentwicklung der Völker nur möglich ist, wenn jede Nation verzichtet, Integrität und Unabhängigkeit anderer Nationen anzutasten und damit den Keim zu neuen Kriegen zu legen.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wir bleiben deshalb bei dem, was wir am 4. August gesagt haben: „Wir fordern, daß dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist, und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht."

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Die Sozialdemokratie verurteilt es, daß in allen Ländern kleine, aber rührige Kreise unter dem Deckmantel einer besonderen Vaterlandsliebe, mit allen Mitteln den Haß gegen die anderen Völker zu erregen suchen und dabei jede Rücksicht auf Wahrheit und Würde außer acht lassen.

Solange der Krieg sich hinzieht, muß unermüdlich daran gearbeitet werden, die durch ihn geschaffenen Leiden und Nöte zu lindern, reichlich zu sorgen für alle, die im Feldzug ihre Gesundheit verloren haben, für die Angehörigen und Hinterbliebenen der Kriegsteilnehmer im weitesten Sinne, für die vom Feinde aus ihrer Heimat vertriebenen Flüchtlinge, Arbeitsgelegenheit und Hilfe für die erwerbs- und arbeitslosen Volksgenossen zu schaffen, wie jede Hilfeleistung zu gewähren, die erforderlich ist, unsere Volkskraft zu erhalten, ferner die Versorgung des Volkes mit Nahrung und Gebrauchsgegenständen zu organisieren. Die Anregungen unserer Partei und der Gewerkschaften zu sozialen Maßnahmen dieser Art sind bei der Reichsregierung zum Teil auf fruchtbaren Boden gefallen; doch muß nach unserer Überzeugung auf allen diesen Gebieten noch mehr geschehen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir erwarten aber von der Reichsregierung auch Vertrauen zu unserem Volke,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

das im Kampfe für das bedrohte Vaterland einmütig zusammensteht. Die Ausdehnung, in der die Verhängung des Kriegszustands und die Beschränkung der verfassungsmäßigen Rechte, namentlich der Presse, noch jetzt aufrechterhalten werden, ist durch nichts gerechtfertigt

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

und ist geeignet, Zweifel an der Reife und Entschlossenheit des deutschen Volkes zu wecken.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Handhabung der Zensur führt fortgesetzt zu Mißgriffen und wirtschaftlichen Schädigungen.

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Wir fordern schleunigst Abhilfe gerade im Interesse geschlossener Verteidigung und des Ansehens und der Wohlfahrt des Deutschen Reichs.

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Aus: Verhandlungen des Reichstags. XIII. Legislaturperiode. II. Session. Band 306. Stenographische Berichte. Von der Eröffnungssitzung am 4. August 1914 bis zur 34. Sitzung am 16. März 1916, S. 20D

[1] Der SPD-Reichstagsabgeordnete Hugo Haase hatte sich selbst gegen die Bewilligung der Kriegskredite ausgesprochen, unterlag aber bei der fraktionsinternen Abstimmung (mit 14 gegen 78 Stimmen). Die Fraktionsmehrheit zwang ihren Mitvorsitzenden Haase, die Begründung des Fraktionsbeschlusses im Reichstag zu verlesen.